

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/SFB/09. SFB-Ausschuss



Protokoll

**09. Sitzung des SFB-Ausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil
am Dienstag, 29.06.2021 im Saal des ehemaligen Kreissparkassengebäudes,
Sparkassenplatz 1**

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß

Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Föstl, Magdalena
Hagen, Martin
Linhart, Susanne
Matjanovski, Marina
Schwaiger, Johann
Ziegltrum-Teubner, Sonja

GRÜNE-Fraktion

Eberl, Ottilie
Forst, Johannes von der
Oellerer, Reinhard

anwesend bis 14:10 Uhr

FW-BP-Fraktion

Ried, Toni
Seidelmann, Wilfried, Dr.

SPD-Fraktion

Rauscher, Doris

AuG ÖDP-Linke

Ottinger, Marlene

Abwesend sind:

SPD-Fraktion

Atai, Omid

entschuldigt

AfD-Fraktion

Pelz, Heidelinde

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Haushalt 2021; Zwischenbericht 2021 aus den Fachbereichen
Vorlage: 2020/0218
- TOP 4 Sportförderung;
Betriebskosten der Kunsteishalle des EHC Klostersee e.V.
Vorlage: 2021/0348
- TOP 5 Sachaufwand Schulen;
Beteiligung an einer Tartanbahn am Sportstadion Grafing
Vorlage: 2021/0347
- TOP 6 Schulentwicklung;
Erweiterung des Gymnasiums Kirchseeon; Antrag auf schulaufsichtliche Genehmigung
Vorlage: 2021/0261
- TOP 7 Förderprogramm zum Ausgleich pandemiebedingter Nachteile (Sommerschule 2021)
a) Informationen zum Förderprogramm
b) Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen" und Programm des Bayerischen Kultusministeriums "gemeinsam.Brücken.bauen" im Landkreis Ebersberg; Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen Fraktion vom 13.06.2021
Vorlage: 2021/0366
- TOP 8 Sozialpädagogische Unterstützung an weiterführenden Schulen;
Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen Fraktion vom 08.06.2021
Vorlage: 2021/0381
- TOP 9 Jahresbericht Team Demografie
Vorlage: 2021/0272
- TOP 10 Auswertung der präventiven Hausbesuche im Landkreis Ebersberg; Antrag der SPD Fraktion vom 21.06.2017
Vorlage: 2021/0379
- TOP 11 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 12 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 13 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 14 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Der Landrat eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Niederschrift der 06. Sitzung des SFB-Ausschusses am 10.03.2021 gibt es keinen Einwand. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Zur Niederschrift der Sondersitzung des SFB-Ausschusses mit öffentlichem Teil am 04.05.2021 gibt es keinen Einwand. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Es gibt keinen Einwand zur Tagesordnung.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Haushalt 2021; Zwischenbericht 2021 aus den Fachbereichen
-------	---

2020/0218

Sachvortragende(r):

Brigitte Keller, Abteilungsleiterin 1, Zentrales und Bildung

Brigitte Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll) zu folgenden Punkten:

- Gesamtüberblick – Cockpit
- Lineare Entwicklung zum 31.05.
- Die Sachgebiete
- Schulen mit Budgetvereinbarung
- Auswirkung auf den Haushalt, wobei nach Analyse des Zwischenberichts der Sachgebiete von einer Planüberschreitung von 740.000 € ausgegangen wird. Die vom Kreis- und Strategieausschuss am 09.11.2020 beschlossenen Pauschalkürzungen von 2,5 % können laut jetzigem Stand nicht eingehalten werden.

Brigitte Keller beantwortet eine Verständnisfrage.

KRin Doris Rauscher gibt zu Protokoll, dass die Einhaltung des Budgets gerade in diesem Fachbereich zumeist mit großen Herausforderungen verbunden sei. Es könne fast nicht gelingen, die Pauschalkürzung in Höhe von 2,5 %, die zwar mehrheitlich im Kreistag beschlossen wurde, einzuhalten. Sie rege daher an, sich für diesen Fachbereich eine andere Haushaltsplanung zu überlegen.

Brigitte Keller antwortet, dass diese Pauschalkürzung auch die anderen Fachbereiche betreffe, denn alles, was beschlossen werde, müsse finanziert werden. Sie bittet zu bedenken, dass der Kreistag einen jährlichen Ergebnisüberschuss von 10 Mio. € erwirtschaften wollte und der Ergebnisüberschuss derzeit bei 3,8 Mio. € liege. Vor diesem Hintergrund versuche der Kreistag ein Regularium zu haben, denn die Konsequenz sei, dass der Ergebnisüberschuss noch weniger werde oder die Kreisumlage erhöht werden müsse. Die Entscheidung, so Keller, würde dem Kreistag als Ganzes obliegen.

Der SFB-Ausschuss nimmt den Zwischenbericht 2021 sowie die erneute Berichterstattung in einem Jahr zur Kenntnis.

TOP 4	Sportförderung; Betriebskosten der Kunsteishalle des EHC Klostersee e.V.
-------	---

2021/0348

11/2

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 19.09.2019, TOP 10 ö

Sachvortrag von Herrn Landrat.

KRin und Stadträtin der Stadt Grafing Ottilie Eberl erklärt, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen werde und erläutert die Diskussion des Stadtrats zu diesem Thema. Sie schlägt vor, der Landkreises möge sich an die entsprechenden Stellen wenden, mit der Bitte, die Anfangszeit der Inbetriebnahme (August) weiter nach hinten zu verschieben, denn allein damit könnte einiges eingespart werden.

KRin Marlene Ottinger erklärt, dass sie das Thema ‚Eishalle‘ zwölf Jahre als Stadträtin der Stadt Grafing mitverfolgt habe. Obwohl es ein Juwel des Landkreises und der Stadt Grafing sei, möchte sie anregen, die weitere Bezuschussung, aufgrund des Energieaufwandes, der CO₂-Belastung und des Kostenfaktors zu überdenken und in den Beschluss miteinfließen zu lassen.

KR Dr. Wilfried Seidelmann erklärt, dass es damals geheißen habe, durch die neue Anlage könne viel eingespart werden, was wohl ein frommer Wunsch gewesen war. Er bittet um mehr Informationen zur neuen Anlage.

KRin und Stadträtin der Stadt Grafing Susanne Linhart verweist auf den Grundsatzbeschluss und versichert, dass die neue Anlage von Seiten des Stadtrates kritisch begleitet werde. Die neue Anlage war nicht richtig eingestellt, sei aber jetzt auf einem guten Weg. Sie bittet, den Grundsatzbeschluss nochmals zu unterstützen, denn die Eishalle sei ein Juwel für den Landkreis Ebersberg und für die Stadt Grafing.

Der Landrat erklärt, dass es Verträge gebe und sich die Arbeitsgruppe ‚Freiwillige Leistungen‘ damit befassen werde.

KRin Doris Rauscher erklärt, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Beschluss zunächst mal mittragen werde, aber im Rahmen der Haushaltsberatungen alle freiwilligen Leistungen erneut unter die Lupe genommen würden. Sie bittet, diesen Grundsatzbeschluss auf die Tagesordnung der Arbeitsgruppe zu nehmen.

KR Johannes Schwaiger erkundigt sich, wie viel der EHC-Klostersee über die letzten Jahre vom Landkreis erhalten habe. Hubert Schulze, Teamleiter SG 11 erklärt, dass er die Zahl als Notiz dem Protokoll beifügen werde. ¹

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der jährliche Betriebskostenzuschuss an den EHC-Klostersee e.V. wird von bisher 90.000 € jährlich auf 110.000 € jährlich, rückwirkend zum 01.01.2019, erhöht.**
- 2. Für den Zeitraum vom 01.01.2019 – 01.01.2021 wird eine Nachzahlung für die Betriebskosten in Höhe von 40.000 € an den EHC-Klostersee e.V. geleistet.**



angenommen

Ja 12 Nein 2

TOP 5	Sachaufwand Schulen; Beteiligung an einer Tartanbahn am Sportstadion Grafing
-------	---

2021/0347

11/2

Sachvortragende(r):

Hubert Schulze, Teamleiter SG 11, Bildung und IT

Sachvortrag von Hubert Schulze.

Es folgt keine Wortmeldung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Landkreis Ebersberg beteiligt sich entsprechend der Nutzungsanteile zu 13 % an den Kosten für die Errichtung einer Tartanbahn am Grafinger Sportzentrum.



einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0

¹ Protokollnotiz:

Gesamtauszahlungen für Betriebs- und Investitionskosten betragen von Landkreisseite bisher insgesamt 3.351.570,25 €. Der Zeitraum umfasst die Jahre 1970 – 2021 und gliedert sich in Betriebskosten = 1.390.463,32 € und Investitionskosten = 1.961.106,93 €.

TOP 6	Schulentwicklung; Erweiterung des Gymnasiums Kirchseeon; Antrag auf schulaufsichtliche Genehmigung
-------	---

2021/0261

Vorberatung

SFB- und LSV-Ausschuss am 04.10.2017
Kreis- und Strategieausschuss am 09.10.2017
SFB-Ausschuss am 05.10.2018
LSV-Ausschuss am 27.05.2019
SFB-Ausschuss am 29.05.2019

Sachvortragende(r):

Hubert Schulze, Teamleiter SG 11, Bildung und IT

Der Landrat begrüßt den stellvertretenden Schulleiter des Gymnasiums Kirchseeon Ernst Peller und den zuständigen Sachbearbeiter Hubert Schulze, der anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll) folgende Punkte zur Erweiterung des Gymnasiums Kirchseeon erläutert:

- Schülerzahlen (und G9-Prognose)
- Teilbereiche des Raumprogramms
- Flächenbandbreiten
- Machbarkeit

Zu den Auswirkungen auf den Haushalt verweist er auf die Sitzungsvorlage und dass es sich bei den Kosten von 15,1 Mio. € (Mindestflächen), 27,0 Mio. € (Konzept) und 28,3 Mio. € (Maximalflächen) um eine Grobkostenschätzung handele.

Hubert Schulze und Ernst Peller beantworten Fragen aus dem Gremium.

KR Reinhard Oellerer bezieht sich auf die Finanzleitlinie sowie auf die Arbeitsgruppe ‚Freiwillige Leistungen‘ und die Diskussion, was etwas kosten dürfe bzw. solle. Es sei ein Drama, so KR Oellerer, denn es läge ein ausgearbeitetes Konzept vor, er aber fürchte, dass der Landkreis es nicht umsetzen könne. Es mache seines Erachtens keinen Sinn, heute über die Varianten zu entscheiden, denn es müsse erst die Gesamtinvestitionen und wann etwas verwirklicht werden könne, betrachtet werden. Er erkundigt sich, ob die Erweiterung ebenfalls als PPP-Maßnahme durchgeführt werde, worauf Brigitte Keller, Abteilungsleiterin 1, Zentrales und Bildung erklärt, dass dies mit dem Sachgebiet ‚Kreishochbau und Liegenschaften‘ besprochen werden müsse.

KR Dr. Wilfried Seidelmann erklärt, dass diese Klärung wichtig sei. Er meine, dass es von Vorteil sein könnte, bei diesem Modell zu bleiben, um Unklarheiten durch Überschneidungen zu vermeiden.

Der Landrat schlägt nach Beratung des Gremiums vor, das Raumkonzept an die Schule zurück zu überweisen, um im Rahmen eines Workshops zusammen mit dem SFB-Ausschuss zu überprüfen, ob der zusätzliche Raumbedarf, der momentan an der oberen Grenze liege, nicht sinnvoll reduziert werden könnte und daher den Beschlussvorschlag der Verwaltung durch folgenden Text zu ersetzen:

- „1. Der Sachvortrag und das pädagogische Konzept zur Erweiterung des Gymnasiums Kirchseeon werden zur Kenntnis genommen.
2. Angesichts der sich veränderten finanziellen Lage des Kreishaushalts wird das Raumkonzept zur Überprüfung an die Schule und an die Verwaltung zurückverwiesen.
3. Der SFB-Ausschuss wird im Rahmen eines Workshops (eine Person je Fraktion bzw. Ausschussgemeinschaft) eingebunden.
4. Bis Ende 2021 soll über den Flächenbedarf entschieden werden.“

Dem folgt keine Gegenrede.

Der Landrat stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Sachvortrag und das pädagogische Konzept zur Erweiterung des Gymnasiums Kirchseeon werden zur Kenntnis genommen.**
- 2. Angesichts der sich veränderten finanziellen Lage des Kreishaushalts wird das Raumkonzept zur Überprüfung an die Schule und an die Verwaltung zurückverwiesen.**
- 3. Der SFB-Ausschuss wird im Rahmen eines Workshops (eine Person je Fraktion bzw. Ausschussgemeinschaft) eingebunden.**
- 4. Bis Ende 2021 soll über den Flächenbedarf entschieden werden.**



einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0

TOP 7	Förderprogramm zum Ausgleich pandemiebedingter Nachteile (Sommerschule 2021) a) Informationen zum Förderprogramm b) Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen" und Programm des Bayerischen Kultusministeriums "gemeinsam.Brücken.bauen" im Landkreis Ebersberg; Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen Fraktion vom 13.06.2021
-------	--

2021/0366

11/2

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 04.05.2021, TOP 4

Der Landrat verweist auf den ausführlichen Sachvortrag der Sitzungsvorlage.

KR und Antragsteller Johannes von der Forst merkt an, dass sich der Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vor ein paar Monaten beziehe und erklärt, dass sich ihr Antrag nicht an den Sachaufwandsträger sondern an den Landkreis als Verantwortlicher für Soziales und für die Jugend richte. Zu den Programmen des Bayeri-

schen Kreisjugendringes, auf die in der Sitzungsvorlage hingewiesen werde, habe er im Internet kein einziges Angebot im Zusammenhang mit dem Landkreis Ebersberg finden können.

Es folgt eine ausführliche Beratung mit verschiedenen Statements, u.a. von Florian Robida (stellvertretender Abteilungsleiter 6, Jugend, Familie, Demografie), Bernhard Wacht (Teamleiter präventive Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis), der stellvertretenden Schulleiter Ernst Peller (Gymnasium Kirchseeon) und Michael Konz (Dominik-Brunner-Realschule) mit dem Ergebnis, dass

- das Kreisjugendamt für Ferienprogramme zuständig sei und aufgrund dessen mit dem Kreisjugendring gesprochen habe, der auf seine Mitgliedsorganisationen verwiesen habe.
- das Kreisjugendamt Vereine und Gemeinden angeschrieben habe. Das Ergebnis könne, nach deren Rückmeldungen, auf der Homepage des Kreisjugendamtes abgerufen werden.
- die Schulen, in deren Zuständigkeit die ‚Sommerschule‘ falle, geeignetes Personal brauche, um die, durch den prozentualen Vergleich der Anmeldungen, wenig finanzierten Stunden komprimiert durchführen zu können. Wobei auch berücksichtigt werden müsse, dass die Kinder auch Ferien brauchen.

Der Landrat erklärt, dass mit dem Elternbeirat und den Schulen der Bedarf besprochen werden solle, auch solle nachgefragt werden, wo es hakt, um dann unterstützend tätig zu werden.

Der Landrat stellt fest, dass die Verwaltung mit dem Sachvortrag dem Berichtsantrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen entsprochen habe und die Schulen um Rückmeldung gebeten werden, welche Angebote sie im Rahmen des Bundesprogrammes „Aufholen“ und des bayerischen Förderprogrammes „gemeinsam.Brücken.bauen“ in den Sommerferien anbieten werden, worauf Hubert Schulze erklärt, dass er die Schulen hierzu bereits abgefragt habe. Allerdings war es noch zu einem relativ frühen Zeitpunkt, so dass die Schulen noch nichts detailgenaues zurückmelden konnten. Er werde nochmals nachfragen.

Statt, wie in der Sitzungsvorlage vorgeschlagen, über den Antrag abzustimmen, wird der Beschlussvorschlag wie folgt geändert:

- „1. Dem Berichtsantrag ist mit dem ausführlichen Sachvortrag entsprochen.*
- 2. Mit den Schulen wird der individuelle Unterstützungsbedarf abgestimmt.“*

Der Landrat stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Dem Berichtsantrag ist mit dem ausführlichen Sachvortrag entsprochen.**
- 2. Mit den Schulen wird der individuelle Unterstützungsbedarf abgestimmt.**



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0

TOP 8	Sozialpädagogische Unterstützung an weiterführenden Schulen; Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen Fraktion vom 08.06.2021
-------	--

2021/0381

Vorberatung

FSK-Ausschuss am 30.06.2010, TOP 4ö
JH-Ausschuss am 08.07.2010, TOP 4ö
FSK-Ausschuss am 25.10.2010, TOP 5ö
FSK-Ausschuss am 30.03.2011, TOP 6ö
FSK-Ausschuss am 04.07.2011, TOP 7ö
FSK-Ausschuss am 11.10.2011, TOP 7ö
Jugendhilfeausschuss am 20.10.2011
Jugendhilfeausschuss am 18.10.2012, TOP 12ö
Jugendhilfeausschuss am 14.11.2012, TOP 5.2ö
Jugendhilfeausschuss am 22.04.2013 Top 6ö
Jugendhilfeausschuss am 17.10.2013 Top 3ö
Jugendhilfeausschuss am 13.03.2014, TOP 6ö
Jugendhilfeausschuss am 26.06.2014, TOP 10 ö
Jugendhilfeausschuss am 23.10.2014, TOP 9 ö
Jugendhilfeausschuss am 05.03.2015, TOP 5 ö
Jugendhilfeausschuss am 22.10.2015, TOP 20 ö
Kreis- und Strategieausschuss am 15.02.2016, TOP 7
SFB-Ausschuss am 09.03.2016, TOP 8ö
Jugendhilfeausschuss am 07.04.2016, TOP 7 ö
Jugendhilfeausschuss am 04.04.2019, TOP 7 ö

Sachvortragende(r):

Hubert Schulze, Teamleiter SG 11, Bildung und IT
Christian Salberg, Abteilungsleiter 6, Jugend, Familie und Demografie

Der Landrat erteilt KR und Antragsteller Reinhard Oellerer das Wort, der den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 08.06.2021 erläutert.

Hubert Schulze verweist zum Thema ‚Erhöhung der SaS-Stunden‘ an den anwesenden Jugendamtsleiter Christian Salberg. Zur Ausschreibung könne die Kollegin der zentralen Vergabestelle im nichtöffentlichen Teil etwas sagen. Als Sachaufwandsträger übernehme der Landkreis jeweils die Hälfte der Kosten, so Schulze, aber der fachliche Fokus liege beim Kreisjugendamt.

Christian Salberg erklärt, dass aufgrund des Antrages ein Konzept von Bernhard Wacht, als zuständiger Teamleiter und Florian Robida, stellvertretender Jugendamtsleiter, erarbeitet und gestern den Schulleitern der weiterführenden Schulen, bei einem kurzfristig anberaumten Austauschtreffen, zur Verfügung gestellt wurde. Die Idee, SaS gemäß der Anzahl der Schüler an den einzelnen Schulen zu staffeln, wurde aufgegriffen. In dem Konzept gehe es nicht nur um den Ausbau der SaS, sondern auch um gewisse Verbindlichkeiten und, um Abläufe zu schaffen. Momentan bestehe auch auf Seiten der Schulleitung, aufgrund des Ausschreibungsergebnisses, welches sich im Klageverfahren befinde, ein gewisser Druck. Es wurde mit den Schulleitern ein gemeinsames Schreiben aufgesetzt, um den Elternbeiräten eine gewisse Orientierung und einen Ausblick zu geben. Der Entwurf wurde gestern finalisiert und von ihm und Herrn Seitz (zentralen Vergabestelle) unterschrieben und den Schulleitern für die Elternbeiräte mitgegeben. Die Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS und SaS) sei eine Leistung der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 13 SGB VIII und somit liege die JaS-Bedarfsplanung beim Kreisjugendamt. Vor diesem Hintergrund würde er diese Dinge auch gerne im Jugendhilfeausschuss weiter fortführen. Es gebe auch eine entsprechende Ausfüh-

rung dazu. Auch die SaS-Richtlinie sei in dieser Richtung sehr eindeutig, dass dies eine Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe sei.

Er erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) den Sachverhalt zu folgenden Punkten:

- Überblick zu SaS (Sozialarbeit an Schulen)
- Vernetzung – SaS-Beirat
- Vernetzung – Austauschtreffen, Besuche vor Ort durch das Kreisjugendamt, Umgang mit Kindeswohlgefährdung
- Personelle Ausstattung

Mitglieder des Gremiums äußern ihr Unverständnis, weshalb die Erhöhung der SaS-Stunden im Jugendhilfeausschuss und nicht im Fachausschuss für Schulen und Soziales beschlossen werden sollte, auch mit Blick auf historische Beschlüsse des FSK-Ausschusses.

Christian Salberg erklärt, dass es in der aktuellen SaS-Richtlinie vom 25.03.2021 heiße, dass dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe des örtlichen Jugendamtes die Gesamtverantwortung und Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB VIII obliege. Der Freistaat Bayern unterstütze mit diesem Förderprogramm die JaS, weitergehend auch SaS, so Salberg, die Landkreise und die kreisfreien Städte bei der Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII. Die JaS solle mit dem sozialen Dienst des Jugendamtes strukturell eng verzahnt sein. Die Gesamtverantwortung liege beim Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Weil nur der die bedarfsgerechte Bereitstellung des Personalkörpers gewährleiste, so Salberg. Vor diesem Hintergrund gab es für das Jugendamt keinen Grund, das im SFB-Ausschuss zu behandeln, denn für das SGB VIII sei der Jugendhilfeausschuss das Fachgremium. Es sei noch immer so, dass der SFB-Ausschuss aus seinem Budget die Hälfte mittrage, aber der bedarfsgerechte Ausbau werde im Jugendhilfeausschuss entschieden.

Es folgt eine weitere Diskussion.

Der Landrat erklärt, dass die Zuständigkeiten in der Geschäftsordnung des Kreistages überarbeitet und genauer geregelt werden müssen.

Der folgende Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage wird gestrichen:

(„Abstimmung über den Antrag.

Vorschlag der Verwaltung:

1. Der Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen wird zur Kenntnis genommen und zur inhaltlichen Prüfung an den zuständigen Jugendhilfeausschuss überwiesen.
2. Als Sachaufwandsträger seiner Realschulen und Gymnasien beteiligt sich der Landkreis weiterhin zu 50 % an den Kosten für die dortige „Sozialpädagogische Unterstützung an Schulen“.)

Der Landrat verliest ein auf Grundlage der Diskussion von ihm neu formulierten Beschlussvorschlag, ergänzt um die Staffelung auf Vorschlag aus dem Gremium:

- „1. Dem Personalausstattungskonzept für SAS des Jugendamtes, so vereinbart mit den Schulen am 28.06.2021 mit derzeit insgesamt 5,5 VZÄ (bis 1000 Schüler: 0,5 VZÄ; bis 1500 Schüler: 0,75 VZÄ; größer 1500 Schüler: 1,0 VZÄ) wird zugestimmt.
2. Der Jugendhilfeausschuss wird als zuständiges Gremium geeignet einbezogen.
3. Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2021 ist damit entsprochen.“

Auf Nachfrage, wann die 1,5 Stellen eingeführt werden können, verweist der Landrat auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Der Landrat stellt den neuen Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Dem Personalausstattungskonzept für SAS des Jugendamtes, so vereinbart mit den Schulen am 28.06.2021 mit derzeit insgesamt 5,5 VZÄ (bis 1000 Schüler: 0,5 VZÄ; bis 1500 Schüler: 0,75 VZÄ; größer 1500 Schüler: 1,0 VZÄ) wird zugestimmt.**
- 2. Der Jugendhilfeausschuss wird als zuständiges Gremium geeignet einbezogen.**
- 3. Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2021 ist damit entsprochen.**



einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0

TOP 9	Jahresbericht Team Demografie
-------	-------------------------------

2021/0272

Vorberatung

Sachvortragende(r):

Jochen Specht, Teamleiter Demografie

Jochen Specht hält einen kurzen Sachvortrag und informiert, dass die von ihm vorbereitete ausführliche Präsentation dem Protokoll (Anlage 4) beigefügt wird.

Jochen Specht beantwortet Fragen aus dem Gremium.

KRin Marina Matjanovski erkundigt sich, ob eine Optimierung bezüglich der Finanzierung der Kurzzeitpflegeplätze durch das demnächst zu verabschiedende Pflegestärkungsgesetz festgestellt werden konnte und bittet, den positiv verbeschiedenen Antrag über die Erweiterung des Pflegeausbildungsangebotes im Landkreis Ebersberg der CSU-FDP-Kreistagsfraktion weiterhin unterstützend zu fördern, weil der Landkreis dringend Pflegekräfte brauche.

Der Landrat erklärt, dass dies im Protokoll aufgenommen werde.

Er stellt fest, dass es keine weitere Wortmeldung gibt.

Der SFB-Ausschuss nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.

TOP 10	Auswertung der präventiven Hausbesuche im Landkreis Ebersberg; Antrag der SPD Fraktion vom 21.06.2017
--------	--

2021/0379

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 17ö
SFB-Ausschuss am 10.04.2019, TOP 6ö

Sachvortragende(r):

Jochen Specht, Abteilung 6, Teamleiter Demografie

Jochen Specht hält einen Sachvortrag und informiert, dass die von ihm vorbereitete ausführliche Präsentation dem Protokoll (Anlage 5) beigelegt wird.

KRin Otilie Eberl erklärt, dass sie gerne die zeitnahe Einberufung eines „Runden Tisches“ für die Etablierung von hauswirtschaftlicher Fachdienste für ältere und pflegebedürftige Menschen im Landkreis im Beschlussvorschlag hätte, damit diese Menschen so lange wie möglich zu Hause bleiben können.

KRin Doris Rauscher bittet, einen regelmäßigen Bericht über den flächendeckenden Ausbau hauswirtschaftlicher Fachdienste für ältere Menschen zu bekommen. Sie schildert, wie sie bereits im Jahr 2017 in ihrer Funktion als Abgeordnete versucht habe, so einen ‚Runden Tisch‘ mit entsprechenden Ansprechpartner zu etablieren. Damals wurde ihr gesagt, dass dies nicht gewünscht sei. Sie habe daraufhin selbst ein Treffen, ohne Landratsamt, organisiert, bei dem sich die große Not und der große Bedarf gezeigt habe. Laut Vortrag von Jochen Specht haben 70 % der Befragten angegeben, dass sie einen Bedarf an hauswirtschaftlichen Fachdiensten hätten. Daher sei der „Runde Tisch“, um mit den Akteuren ins Gespräch zu kommen, durchaus ein zentraler Punkt. Für sie sei es zweitrangig, dass im Beschlussvorschlag stehe, dass damit der Antrag erledigt sei, wichtig sei ihr, dass dieses zentrale Thema nochmals reingeholt werde, vielleicht in einem anderen Format. Wie auch immer darüber abgestimmt werde, oder ob noch ein kleiner Satz dem Beschlussvorschlag hinzugefügt werde, so KRin Rauscher, gehe es nicht ausschließlich um die Besuche, sondern um die Kooperation zwischen den Anbietern und der Zielvorstellung im Laufe der Jahre eine flächendeckende Versorgung im Landkreis zu erreichen.

Jochen Specht erklärt, dass er dieses Thema auf die Tagesordnung des „Runder Tisch Pflege“ setzen wolle, denn dieses Gremium sei bereits auch mit Vertretern der Fraktionen besetzt. Er plädiert, kein neues Gremium zu diesem Thema zu schaffen, denn damit würde eine Parallelstruktur aufgebaut werden.

Der Landrat stellt fest, dass es keine weitere Wortmeldung gibt und stellt den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage zur Abstimmung.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Die präventiven Hausbesuche werden zunächst fortgeführt. Sollte die Erfahrung deutlich machen, dass diese Aufgabe von den Mitarbeiter*innen des Pflegestützpunktes abgedeckt werden können, ist die Verwaltung ermächtigt, das Projekt bedarfsgerecht anzupassen.**
- 2. Das Thema haushaltsnahe Dienstleistungen hat Einzug in das Seniorenpolitische Gesamtkonzept gefunden, welches vom Kreistag noch im Herbst dieses Jahres verabschiedet wird.**
- 3. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2017 ist damit erledigt.**



einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0

TOP 11 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

keine

TOP 12 Informationen und Bekanntgaben

keine

TOP 13 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats verliest folgenden Beschluss aus nichtöffentlicher Sitzung:

Sitzung des SFB-Ausschusses am 10.03.2021

TOP 14 N Glasfaseranbindung an Schulen; Ermächtigung zur Zuschlagserteilung

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Die 11 Schulen des Landkreises sollen über gigabitfähige und durchgängige Glasfaserleitungen bis in die Gebäude an das Internet angebunden werden. Dies gilt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Förderbescheids der Regierung von Oberbayern.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag zu erteilen und den Auftrag zur Durchführung der erforderlichen Arbeiten an die Firma Deutsche Telekom GmbH als günstigstem Bieter zu vergeben.

TOP 14	Anfragen
--------	----------

keine

Der Landrat schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:13 Uhr.

Anschließend folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.